

# Der Textil-Arbeiter

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 89.  
Fernsprecher: E7, Weichsel 4071. — Die Zeitung erscheint  
jeden Freitag — Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin.



Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,  
Berlin O 34, Memeler Str. 89 (Postfach-Konto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis,  
nur durch die Post, vierteljährlich 6 M. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Vorgabzeile 2 M.

Nummer 16

Berlin, den 15. April 1932

44. Jahrgang

# Schlagt den Faschismus!

## Stimmt für die Sozialdemokratie!

Der 24. April 1932 wird ein bedeutungsvoller Tag in Deutschland werden. In Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt sowie in Hamburg wird das Volk neue Vertreter in seine gesetzgebenden Parlamente senden. Heißt es um die Stimmen der Wählergerungen; die bürgerlichen Parteien, einschließlich der sogenannten Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“, verhandeln besonders laut, welche gute Herze sie für die Arbeiterklasse hätten. Sie rücken alle mit Versprechungen an, die dem Zweck dienen sollen, die Massen zu verwirren, ja sogar zu verhindern, ihrer Pflicht gegenüber ihrer Klasse sich bewusst zu werden.

Für die Arbeiterklasse gibt es nur eins: Überall müssen die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei die Stimmen der werktätigen Wähler erhalten. Niemals darf ein Arbeiter für den Kandidaten einer anderen Partei stimmen!

Dieses Votum wird zur Selbstverständlichkeit, wenn man daran denkt, daß es die Sozialdemokratie war, welche in einem zähen Kampfe den Arbeitern die politische Freiheit brachte und ihnen die Möglichkeit gab, uneingeschränkt über ihre Geschicke selbst zu bestimmen. Der Vorkriegsstaat verweigerte den Werktätigen dieses Recht.

Was wären die sozialpolitischen Einrichtungen: Sozialversicherung, festgesetztes Arbeitsrecht, Fürsorgeeinrichtungen ohne diese Arbeiterpartei?

Es sind unzählige Einrichtungen dieser Institutionen erfolgt, aber sie fallen sämtlich auf das Konto der bürgerlichen Parteien, welche freiwillig dem Arbeiter noch nie ein Zugeständnis gemacht haben, und die auch willens sind, ihm die ganzen Kosten dieser Krise aufzubürden. Als einzige Partei hat die Sozialdemokratie den Kampf gegen die Verteidiger der Kapitalisteninteressen geführt.

Sie wollen auch nichts von einer Ueberführung der Fabriken und Werkstätten in die Hände der Allgemeinheit hören, obwohl das kapitalistische Wirtschaftssystem deutliche Zeichen des Niederganges zeigt.

Die extremste Richtung der bestehenden Schichten aber, Großunternehmer und Großgrundbesitzer, wollen den Arbeiter ins Mittelalter zurückwerfen.

Geraufhebung der Arbeitszeit, noch weitere Kürzung der Löhne, Abbau sämtlicher sozialer Einrichtungen, Wegnahme aller politischen Rechte — das sind ihre reaktionären Ziele!

Es ist das System des Faschismus!  
Dieses schamlose Gefindel ohne Kultur und Verantwortung schent sich aber, seine Ziele selbst zu verkünden. Ein Hohnschrei und stärkster Zusammenschlag des werktätigen Volkes wäre die Antwort.

So öffneten sie ihre Geldschranke und „gründeten“ eine Partei, der sie die Firma „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ gaben.

Millionen von Mark, die vom Lohne der Arbeiter und Angestellten abgezogen wurden, pumpten sie in dieses Gebilde. Sie kauften sich stellunglose Offiziere und verzweifelte Arbeitslose, entwurzelte Kleinbürger, aber auch tüchtige Reklamechefs, ohne welche heute kein kapitalistisches Geschäft mehr zu machen ist.

Und ihre Propagandisten, die ins Land hinausgingen, versprachen den Arbeitern Abschaffung des Kapitalismus, den Kleinbauern Land, den Handwerkern billige Arbeitskräfte und Zerschlagung der Fabriken, den kleinen Handelsleuten Schließung der großen Warenhäuser.

Mit den rheinisch-westfälischen Großindustriellen aber unterhielt sich der nach Deutschland zugewanderte Reklamechef Hitler hinter verschlossenen Türen ganz anders. Da war keine Rede mehr von der Abschaffung des Kapitalismus. Auch besuchte er die Großgrundbesitzer, die nach solchen Besuchen ruhig schlafen konnten und von der Wiedereinführung der Gestapobehörde träumten.

Zweimal hat die deutsche Arbeiterklasse dem Unternehmeragenten Hitler einen vernichtenden Schlag verfehlt. Dieser zugereifte Unruhefister und Prickschiff wagt es noch einmal, deutschen Arbeitern mit dem Dreh von der Befreiung vom Kapitalismus zu kommen. Ja, er will euch befreien, aber von allen Rechten, die ihr noch besitzt!

Jede Stimme, die nicht für die sozialdemokratischen Vertreter abgegeben wird, hilft dem Faschismus zur Macht.

Deshalb kann es auch keine Unterstützung der Kommunisten geben, die von der reaktionären Presse jubelnd als ihre Helfer gepriesen werden.

Denn die planmäßige Spaltung der Arbeiterklasse durch die Kommunisten hat praktisch nur die Stärkung der Gegner des werktätigen Volkes zur Folge gehabt.

Textilarbeiter, trifft eure Entscheidungen mit kühlem Kopf! Gebt den Anhängern des Bürgerkrieges und der Versklavung der Arbeiterklasse einen Denkzettel, der ihnen die Luft zu weiterem Volksbetrug raubt! Stimmt als Gewerkschaftler, die den eigenen und den Aufstieg ihrer Klasse wollen,

### nur für die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei!

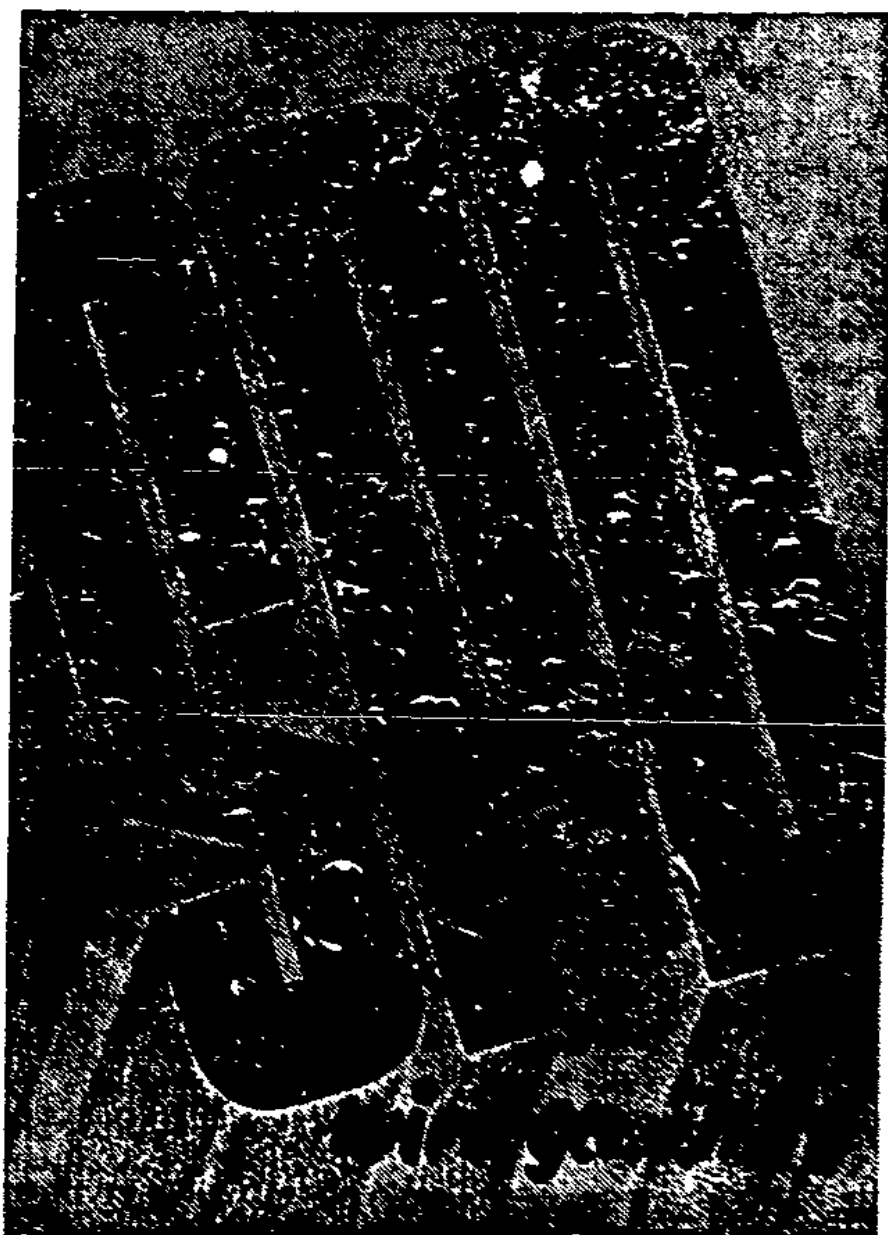
## Zur Preussenwahl

Die letzte Etappe des großen politischen Entscheidungskampfes, der seit dem März in Deutschland tobt, bildet das Ringen um die Zusammensetzung des Preussischen Landtages, das in der Wahl am 24. April seinen Abschluß findet. Der Ansturm der gesamten Kräfte der Reaktion gilt Preußen, nachdem der Kampf um die Besetzung des Reichspräsidentenpostens von ihr verloren wurde. Preußen, seit dem November 1918 regiert von der Koalition der Weimarer Parteien, ist das Ziel, das zu erreichen die gesamten Parteien der Reaktion ihre Kräfte verdoppeln. Denn aus dem einst junkerlich beherrschten Preußen des Dreiklassenwahlrechts ist dank der fast unausgesetzten ausschlaggebenden Beteiligung der Sozialdemokratie an der Preußenkoalition und der Preußenregierung das Preußen geworden, das von allen Gegnern der Demokratie und der Republik als das „rote Preußen“ verschrien und bekämpft wird.

Was die Nationalsozialisten und ihre Bundesgenossen auf dem Wege über die Reichspräsidentenwahl nicht erreicht haben, das hoffen sie in einer letzten großen Kraftanstrengung am 24. April zu erreichen. Nicht nur in Preußen, sondern auch in Bayern, Württemberg, Hamburg

wird am 24. April durch die Wahl die Zusammensetzung der Länderparlamente bestimmt. Aber von ausschlaggebender

Bedeutung für die innere und äußere Politik Deutschlands sind hauptsächlich die Preußenwahlen, die entscheidend für das



Geschick der deutschen Republik sein werden. Denn Preußen in seiner Größe, das nach Umfang und Bevölkerung drei Fünftel Deutschlands umfaßt, mit seiner umfangreichen Verwaltung, mit seiner starken Polizei bedeutet in der Tat heute wie vor einigen Jahrzehnten Deutschland. In Thüringen und in Braunschweig konnte und kann man das Experiment nationalsozialistischer Mitregierung wagen. Aber schon diese Beispiele zeigen, was gerade die Masse des Volkes, gerade die Arbeiterklasse dabei zu riskieren und dabei zu verlieren hat. Die nationalsozialistische Mitregierung in Thüringen und in Braunschweig hat eine Welle von Unruhe, Schwierigkeiten nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern in ganz Deutschland hervorgerufen. Wenn das schon erfolgte auf Grund der Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in zwei kleinen deutschen Ländern, wieviel größer erst würde das Unheil für Staat und Wirtschaft sein, wenn sich in Deutschlands größtem Land, Preußen, die gleichen Kräfte der Herrschaft über Polizei und Schule, über Verwaltung und Exekutive bemächtigen würden.

In dem von der Wirtschaftskrise bedrohten Deutschland würden die Folgen einer solchen politischen Machtverschiebung zuerst und zumeist die Arbeiterklasse treffen. Es darf niemals übersehen wer-

den, daß die Ausführung der in der Verfassung und in den verschiedenen Reichsgesetzen niedergelegten Rechte der Arbeiter von der Verwaltung der Länder erfolgt. Sozialgesetze, Arbeiterschutz, Koalitionsfreiheit würden zu leeren Worten und Begriffen ohne Inhalt, wenn nicht die Länder ihre Innehaltung und Durchführung garantierten.

Ganz abgesehen aber davon, daß ein den Mächten der Reaktion ausgeliefertes Preußen den Fortfall eines Schutzwalles für die sozialen Errungenschaften der Arbeiter bedeuten würde, wäre auch ein von Nationalsozialisten maßgebend regiertes Preußen sehr bald wieder ein Staat, in dem auch die politische Gleichberechtigung und das politische Mitbestimmungsrecht zur hohlen Phrase würden. Denn nur dadurch, daß das republikanische Preußen mit den Mitteln der Polizei und der Verwaltung dem wirtschaftlich schwachen Teil der Bevölkerung die Ausübung der politischen Rechte garantiert, ist es möglich gewesen, dem wirtschaftlichen Uebergewicht der Industrie- und Bodennomagnaten einen politischen Nachfaktor entgegenzusetzen.

Hitler und die Nationalsozialistische Partei sind nichts weiter als der Vorspann für die Sehnsüchte und Wünsche der Industrieherrn, die von der Wiederherstellung des einstigen Zustandes des „Herr im Hause“ träumen.

Und gelangen die Nationalsozialisten zur Macht, dann werden die Förderer und Geldgeber dieser Partei sich nicht scheuen, Herrn Adolf Hitler und seinen Mannen die Rechnung zur Begleichung vorzulegen.

Die Bedeutung des eindeutig republikanisch regierten und verwalteten Preußens liegt aber auch auf außenpolitischem Gebiet. Niemals hätte die auf Verständigung mit den ehemaligen Gegnern gerichtete Außenpolitik des Reiches so trotz aller inneren Schwierigkeiten und Hemmungen in dem ganzen letzten Jahrzehnt durchgeführt werden können, wenn nicht das republikanische Preußen die Reichsregierung in dieser Politik mit aller Kraft gestützt und gefördert hätte. Die Tatsache, daß Preußen als Land der Reichsregierung bei allen außenpolitischen Krisen die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit garantieren konnte, hat nicht zuletzt diese befähigt, ihre Außenpolitik zu ermöglichen. Und nur durch diese Außenpolitik, nur durch eine Politik der Verständigung ist es in dem von Krieg und Inflation wirtschaftlich schwer geschädigten Deutschland überhaupt möglich gewesen, Wege zum Aufbau der Wirtschaft zu suchen und einzuschlagen. Heute lastet die Arbeitslosigkeit nicht nur auf Deutschland, sondern mehr oder minder auf allen Ländern Europas, ja der Erde. Amerikas wirtschaftlicher Niedergang ist ein Beweis

### Heinrich Limbertz gestorben

Der schmerzliche Tod scheint ununterbrochen Ernte unter den Funktionären der Gewerkschaftsbewegung zu halten. Nach den großen Verlusten der letzten Zeit müssen wir den Tod eines braven Kämpfers melden. Am 3. April starb der Kollege Heinrich Limbertz, Redakteur der „Bergbau-Industrie“, Organ des Deutschen Bergarbeiter-Bundes. Limbertz war ein Sohn der roten Erde. Er wurde am 10. September 1874 bei Dortmund geboren. Wie es bei der Proletariatsjugend nicht anders zu erwarten war, mußte er im Bergbau Beschäftigung suchen. Er war einer jener jähren und unbeherrschbaren Führer, die das schillernde Agitationsfeld der westdeutschen Großindustrie mit eisernem Fiech allen Schwierigkeiten zum Trotz bearbeitet haben. Sie sind ihren Jugendidealen bis zum letzten Augenblick treu geblieben. Kollege Limbertz mußte verhältnismäßig früh sterben. Sein Andenken werden die, die ihn kannten, immer in Ehren halten.

dafür, daß die Wirtschaftskrise nichts danach fragt, ob ein Land und seine Wirtschaft zu den Unterlegenen oder zu den siegreichen Mächten des Weltkrieges gehören. Aber die deutsche Arbeitslosigkeit, das deutsche Wirtschaftselend wird wesentlich verschärft durch die innerpolitische Unsicherheit, die durch das Anwachsen der radikalen Parteien von rechts und links hervorgerufen wird. Deren hemmungslose Agitation, deren skrupellose Drohungen, auch mit den Mitteln der Gewalt den heute bestehenden Staat und seine Verfassung stürzen und ändern zu wollen, erschüttern das Vertrauen weiser Schichten der deutschen Bevölkerung in die Zukunftsmöglichkeit deutschen wirtschaftlichen Aufstiegs und einer kommenden wirtschaftlichen Besserung. Der Ausgang der Reichspräsidentenwahl hat zwar manche Teile des deutschen Volkes schon darüber belehrt, daß auch die radikalen Parteien in ihrem Zuwachs Grenzen haben. Deshalb aber werden nun Unruhe und Unsicherheit aufs neue vermehrt mit dem Hinweis darauf, daß der 24. April dem republikanischen festen Kurs in Preußen ein Ende bereiten wird. Und solange nicht der Wahlausgang vom 24. April bewiesen hat, daß die Bevölkerung Preußens in ihrer Mehrheit die extremen Parteien rechts und links ablehnt, solange

wird auch das Ausland sich nicht überzeugen lassen, daß trotz aller skrupellosen Verheerung und Demagogie der größte Teil des Volkes zur politischen Einsicht und wirtschaftlichen Vernunft sich bekennt.

Das Interesse der Arbeiterschaft gebietet es daher, daß alle Kraft angepannt wird, um den 24. April zu einem Tag der Niederlage des hemmungslosen Radikalismus zu gestalten. Wenn sich alle Schichten des arbeitenden Volkes am 24. April zusammenfinden zum Schutz des neuen Preußens, zur Sicherung derjenigen Errungenschaften, die es gebracht hat: Gleichberechtigung der Staatsbürger, Schutz der Schwachen, Toleranz gegen alle Andersdenkenden und alle Konfessionen, dann wird eine überwältigende Mehrheit auch diesen Ansturm der Reaktion und ihrer kommunistischen Helfershelfer zum Scheitern bringen. Das Preußen, in dem die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, ist die einzige Sicherheit gegen Terror und Gewalt. Wird dieses Preußen, die Bastion der Republik und Demokratie, am 24. April erfolgreich verteidigt und gehalten, dann wird der 24. April in der politischen Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften als Tag des Sieges zu buchen sein.

### Politische Wochenschau

#### Die Reichspräsidentenwahl

endete im zweiten Wahlgang, wie nicht anders zu erwarten war, mit einem Sieg des Reichspräsidenten Hindenburg. In Stimmen erhielt nach den bisher vorliegenden Zählungen:

Hindenburg . . .	19 367 688 Stimmen
Hitler . . . . .	13 419 603
Thälmann . . . . .	3 705 898

Insgesamt 36 588 140 Stimmen  
Un gültig waren 94 951 Stimmen

Zu dem zweiten Wahlergebnis ist festzustellen, daß neben zwei Drittel der früheren Duesterberg-Wähler, die für Hitler votiert haben, größere Teile der KPD-Stimmen auf Hitler gefallen sind. Es ist bedauerlich, daß die vorhergehende Propaganda der KPD, dazu geführt hat, daß proletarische Wählerkreise in das Lager Hitlers getrieben worden sind. Daß diese Tatsache die Leitung der kommunistischen Partei in Zukunft davon abhalten dürfte, diese Agitation weiter zu betreiben, ist nicht gut anzunehmen, da ja auch ihre Agitationsmethoden von Moskau bestimmt werden. Die kommunistische Partei ist nicht revolutionär, sondern sie ist konterrevolutionär, dies muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden. Die Schädigung der deutschen Arbeiterklasse durch die kommunistische Partei übersteigt jedes Maß. Hoffentlich bekennt sich die Arbeiterschaft bald und gibt der kommunistischen Partei den Laufpaß, ehe es zu spät ist.

Auch im zweiten Wahlgang hat sich gezeigt, daß die gewerkschaftlich organisierten Massen sich vortrefflich geschlagen haben; sie sind zu einem unübersteigbaren Bollwerk geworden. Und an diesem Bollwerk dürfte auch bei den Preußenwahlen am 24. April die Reaktion mitsamt dem kommunistischen Heerbann sich den Schädel einrennen. Deshalb: Textilarbeiter- und -arbeiterinnen, auf zu den Landtagswahlen!

Wählt Sozialdemokrat!

#### Fertig zum Bürgerkrieg

Sensational haben die Veröffentlichungen der preußischen Regierung über die Bürgerkriegsvorbereitungen der NSDAP. gewirkt, obwohl die Offenheit in großen und ganzen über das Tun und Treiben der Nazis im klaren war. Das zum Teil jetzt veröffentlichte Material ist am 17. März bei einer großen Aktion der preußischen Polizei gegen die nationalsozialistischen Parteibüros, Verkehrslokale und SA-Heime zu Tage gefördert worden. Ein weiterer Teil des Materials befindet sich bereits in den Händen des Oberreichsanwalts. Das Material, das der preußischen Regierung durch die angeordneten Hausdurchsuchungen in die Hände gefallen ist, sind beweiskräftige Dokumente des Hoch- und Landesverrats. Die legale Gesichtsmaske der NSDAP. mit den SA- und SS-Abteilungen wird schonungslos herabgerissen. Die NSDAP. ist erneut entlarvt. Hitler hat eine Privatarmee aufgezogen, die als Staat im Staate wirken und mit deren Hilfe an Stelle der demokratischen Republik das sogenannte „Dritte Reich“ ausgerichtet werden soll. Der Aufzug ist genau nach dem Muster der ehemaligen kaiserlichen Felddienstanordnungen erfolgt. Es fehlt an nichts, was eine kämpfende Armee braucht. So ist u. a. neben dem Spieldienst ein Relaisdienst und eigener Funkverkehr eingerichtet. Es sind ferner Vorbereitungen zum Einsatz und zur Abwehr getroffen. Zum 13. März war die beschleunigte Einkleidung, Beschaffung der eisernen Ration, Vorbereitung von Massenquartieren befohlen. Im weiteren waren drei Alarmstufen vorgesehen, Alarmstufe A, B und C. Die Feldbüchsen waren ebenfalls „mobil“. Von Bedeutung ist ebenfalls die Anordnung der evtl. Unbrauchbarmachung gewisser Wasserleitungen. Mit der von Hitler beschworenen Legalität der NSDAP. ist es demnach recht windig bestellt, es sei denn, Hitler hat nur für bestimmte Tage und Stunden seinen Eid geleistet. Zur Zeit ist die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei wieder stark beschäftigt, indem sie Protesttelegramme gegen die Veröffentlichung des Materials durch die preußische Polizei an den Reichspräsidenten, an den Reichsminister des Innern und den Oberreichsanwalt versendet. Erneut ertönt der Ruf, daß die Nationalsozialistische Partei völlig legal sei. Es dürfte aber auch denen der Glaube an die Legalität Hitlers recht schwer werden, die den Aufzug der Hitler-



### Eine Schandtat findet ihre Sühne

Kommunistenüberfall vor Gericht.

In Nr. 5 des „Textil-Arbeiter“ hatten wir über den am 14. Januar von kommunistischer Seite verübten feigen Überfall auf Gewerkschaftssekretäre, darunter unseren Kollegen Alex, in München-Gladbach berichtet. Die Kollegen wollten einer Einladung des Arbeiterrats einer M.-Gladbacher Firma Folge leisten und an einer Sitzung im Betriebe teilnehmen. Vor dem Tor der Fabrik geschah dann der Überfall. Etwa zehn Personen stießen über den Kollegen Alex her, einer schlug ihm mit einer Eisenstange mehrere Male über den Kopf und versuchte, ihm eine übertrieben große Waffe in die Augen zu schmeißen. Da ein Teil der Burschen festgenommen werden konnte, stand am 1. April vor dem erweiterten Schöffengericht Termin an. Die Angeklagten Gorges, Grefenrath, Emil Bennarz, Peter Bennarz, Samberg und Goebels sind, wie aus den Akten hervorging, sämtlich vorbestraft, teilweise mehrmals. Sie bestritten natürlich, feige wie alle Kommunisten, mit den Vorgängen etwas zu tun gehabt zu haben. Ein einziger gehörte dem Betrieb an, die anderen waren rein „zufällig“ am Tatort. Daß ihnen das Gericht ihre Ansreden nicht glaubte, war auf Grund der vorliegenden Beweise selbstverständlich. Gorges erhielt 7 Monate, Emil Bennarz 4 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Grefenrath, Samberg und Peter Bennarz wurden auf Grund der Rotverordnungen wegen Teilnahme an einer verbotenen

Berammlung zu einem Monat, Peter Bennarz zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende besonders hervor, daß es sich hier um eine abgeartete Sache gehandelt habe. Es sei ein gemeiner und feiger Überfall gewesen. Leider ist der Hauptschuldige nicht erwischt worden. Mit solchen Methoden des Reinigungskampfes müsse ein für allemal aufgeräumt werden.

Der Fall selbst und die Verhandlung vor Gericht wird ein Schandfleck für die kommunistischen Drahtzieher bleiben, die sich der oben geschilderten Methoden bedienen, um ihre Wut gegen den Gegner, dessen Argumente sie auf andere Weise nicht entkräften können, auszulassen.

### Die RGO. in Offenburg

schimpft und macht nichts...

Die RGO. (Riesen-Große Ochsen) meidet sich nun auch in Offenburg mit einer sogenannten Betriebszeitung. Auf vier Seiten in Maschinenschrift wird allerlei ungereimtes Zeug zusammengewaschelt. Daß man als Schichtarbeiter im Dienste der russischen Außenpolitik auch gegen unsere Organisation vorgehen muß, können wir verstehen. Ebenso können wir verstehen, daß man wütend ist, weil ein neuer Lohnabbau nicht erfolgt ist, sondern der bestehende Tarif bis 7. Mai verlängert wurde. Aber nur gemacht, ein richtiger Moskauer Junger findet immer etwas zu schimpfen, und wenn er nichts findet, so wird eben etwas erdacht, auch wenn es nachher der Dummheit mit Händen greifen kann. Daß man auch vor einer kleinen Fälschung unserer Berammlungseinladungsschreiben nicht zurückdreht, nur nebenbei. Es sind halt riesengroße Ochsen!

sehen Bürgerkriegsarmee im stillen gern gesehen haben.

Wenn am 18. März der Stein nicht ins Rollen kam, so jedenfalls, weil erstens einmal die Republikaner auf dem Posten und über die Bewegungen der Hitlerischen Armee völlig im Klaren waren, und daß zweitens auch die preußische Polizei gerüstet war, jeden Angriff der Nationalsozialisten niederzuschlagen. Die Mobilmachung der Hitlerischen Armee bezog sich aber nicht allein auf Preußen, sondern sie war im ganzen Reich durchgeführt worden. Die Ausrüstungen und Zusammenziehungen der Armeen in den verschiedensten Standorten kann nicht mit dem Märchen gedeutet werden, das man Herrn Groener aufstufte, daß „man die SA. nur zusammenhalten wollte, damit Zusammenstöße mit den Gegnern verhütet würden.“ Die Republikaner verlangen nun mit Recht, daß endlich Schluß gemacht wird mit diesen Bürgerkriegsrüstungen. Die „Germania“ verlangt, daß endlich von Staats wegen eingegriffen wird. Die „Germania“ schreibt u. a.:

„Wer den Bericht des preußischen Innenministers unvoreingenommen liest und die in ihm enthaltenen Dokumente ruhig auf sich wirken läßt, der faßt sich schließlich an den Kopf und fragt, wie es möglich und erlaubt ist, daß sich in einem geordneten Staatswesen, das wir noch zu besitzen glauben, solche Dinge abspielen. Es sollte natürlich nicht möglich sein, und es ist ganz gewiß auch nicht erlaubt. Aber ein Staat, der in dieser Weise mit sich, mit seiner Autorität und mit seiner Existenz spielt, der verdient schließlich nichts anderes, als daß er in diesem Spiel der verlierende Teil ist. Deshalb fordern wir, daß nun aber wirklich Schluß gemacht wird mit diesem Treiben, das unser Volk in das größte Unglück stürzen muß, wenn es noch weiter gebuddelt wird. Wir können es uns tatsächlich nicht vorstellen, daß die harmlosen Erklärungen, die für den heutigen Tag von der Nationalsozialistischen Partei mit Sicherheit zu erwarten sind, auf irgendeine staatliche Stelle noch irgendwelchen Eindruck machen könnten. Schließlich muß es einmal aufhören, daß in breiten Regionen dieser Partei halbe und ganze Geschwätzigkeiten getrieben werden, während die verantwortlichen Führer, denen die Truppe längst entglitten ist, die Hand erheben, um die Legitimität der Gesamtpartei zu beschwören.“

Alle Augen sind nun gespannt darauf, was wird Groener tun? Was tut der Herr Oberreichsanwalt? Nach dem, was wir bisher in Braunschweig-Hessen erlebt haben, sind unsere Hoffnungen leider nicht allzu hoch gespannt. Eine andere Frage drängt sich noch auf: Wer finanziert die Putzarmee Hitlers? Die Offiziere, die sich aus dem alten kaiserlichen Heer Hitler zur Verfügung gestellt haben, werden alle hoch bezahlt. Aber auch die Mannschaften, sie müssen unterhalten werden. Die Fäden laufen nach jenen Leuten hin, die sich schon in der Vorkriegszeit als Brandleger betätigt haben und über die der italienische Staatsmann Miti ein recht herbes Urteil gefällt hat. Es ist die Schwerindustrie.

Die Gelben für Hitler

Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz veröffentlicht unter der Überschrift „Auch die Angestellten für Adolf Hitler“ einen Aufruf des RDA (Reichsverband Deutscher Angestelltenverbände). Vor kurzem konnten wir noch berichten, daß sich Wilhelm Schmidt, der Gelbenführer, über Hitler lebhaft beschwerte, weil er ihm in den Betrieben Konkurrenz zu machen versuchte. Schmidt war der Auffassung, daß die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter und Angestellten nur Sache der gelben Berufsverbände sein könne und Hitler die Finger von der Organisation wirtschaftlicher Gruppen lassen müsse. Trotzdem: sie haben sich gefunden.

„In den Armen liegen sich beide Und weinen vor Schmerzen und Freude.“

Die Donaukonferenz

Der wirtschaftliche Niedergang Europas hat die Staatsmänner Frankreichs, Englands, Deutschlands, Oesterreichs und auch anderer Länder aus ihrer Ruhe gebracht. Frankreich vor allen Dingen, das in die Donaufstaaten erhebliche Summen hineingepumpt hat, wenn auch nur, um den Rüstungsgürtel zu verstärken, möchte eine Verzinsung für die Gelder haben. Die Donaufstaaten sind aber wirtschaftlich am Ende.

Die Konferenz sollte deshalb Vorbereitungen zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß treffen. Es zeigte sich aber, daß schon zwischen

der französischen und englischen Auffassung die Meinungen wesentlich auseinandergingen. Noch erheblicher wurden die Differenzen nach Hinzuziehung von Deutschland und Italien. Die Viermächtekonferenz blieb erfolglos, weil den Donaufstaaten lediglich wirtschaftliche Vorteile auf Kosten Deutschlands geschaffen werden sollten. Der Zusammenbruch der Donaukonferenz eröffnet auf die demnächst in Genf stattfindenden Verhandlungen der Mächte keine günstige Perspektive, und doch ist Europa wirtschaftlich am Ende. Der Bonapartismus, der noch in den Köpfen der französischen Staatsmänner spukt, dürfte den europäischen Völkern noch gefährlich werden.

Das System hat wiederum einen schweren Stoß erlitten,

nämlich das kapitalistische. Der größte Weltkonzern, der Kreuger-Konzern, der in Schweden seinen Sitz hat, ist zusammengebrochen. Kreuger hat ebenfalls nach dem Rezept der Lahusen gewirtschaftet, hat Bilanzen frisiert und direkte Buchfälschungen vorgenommen. Wenn es in dem „System“ so bedenklich weitertrudelt wie in den letzten Monaten, dann wird wohl weiter nichts übrig bleiben, als an Stelle des morschen und faulen kapitalistischen Systems den Sozialismus zu setzen. Uebrigens kann man doch nicht mehr gut zusehen, wie im Laufe der Zeit immer mehr gefeierte Prominente des kapitalistischen Systems als Verbrecher entlarvt werden.

Thomas über die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, weist in seinem Hauptbericht für die am 12. April zusammengetretene Internationale Arbeitskonferenz an Hand eingehenden statistischen Materials auf die außerordentliche Verschärfung der Weltwirtschaftskrise in den letzten Monaten hin. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wird für Ende 1931 mit 20 bis 25 Millionen geschätzt; insgesamt seien gegenwärtig 60 bis 70 Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Ein Beweis für die Verschärfung der Wirtschaftskrise sei die Entwicklung der Großhandelspreise in den Hauptindustriestaaten. Der Rückgang des internationalen Handels wird in dem Bericht für 48 Staaten auf 63 Milliarden Goldfranken gegenüber 1929 berechnet. Ferner wird auf den außerordentlichen Rückgang des nationalen Einkommens in den einzelnen Ländern hingewiesen. In den Vereinigten Staaten sei danach das nationale Einkommen im Jahre 1931 um 32 Proz. gegenüber 1929 zurückgegangen. Das nationale Einkommen des deutschen Volkes wird auf 50 bis 60 Milliarden Mark im Jahre 1931 gegenüber 76 Milliarden Mark im Jahre 1929 geschätzt.

Thomas hält die politischen Unruhen des letzten Jahres für einen wesentlichen Faktor, der zur Verschärfung der Krise beigetragen habe.

stillzuliegen. Letztere Maßnahme wäre nicht zu verstehen. Zeigt doch der deutsche Außenhandel in Rammzug, daß letzterer besonders im Jahre 1931 in verstärktem Maße eingeführt wurde. Billiger produzieren, meine Herren! wobei aber an den Löhnen nicht mehr geknappt werden kann und darf, braucht es auch nicht. Es gibt noch andere „unproduktive“ Ausgaben in Menge, die die Produktion verteuern und die gepart werden können.

Der Kern des Konzerns.

Die eingangs erwähnten beiden Neugründungen setzen sich zusammen:

- a) erste Neugründung: aus den Werken Bahrenfeld und Leipzig, die in eine neue Aktiengesellschaft eingebracht werden, und
b) zweite Neugründung: aus den Werken Delmenhorst, Eisenach und Mühlhausen, die die Form einer Verkaufsbüro-GmbH. mit Sitz in Delmenhorst erhalten hat.

Die in den beiden neuen Gesellschaften erfaßten fünf Werke verfügen über 183 000 Spindeln und beschäftigen im Januar d. J. 5000 Arbeiter. Das ist der eigentliche Kern, der von dem großen Nordwollekonzern übriggeblieben ist! Aber auch die erste Neugründung ist noch nicht endgültig. In den letzten Tagen wurde von Gläubigerseite auch hier beim Amtsgericht Bremen der Antrag gestellt, die handelsgerichtliche Eintragung der neuen Firma vorläufig zu unterlagen, da vorher eine Gläubigerversammlung zu befragen sei (1). Da das Gericht dem Antrag zustimmen dürfte, tritt auch hier wieder eine Verzögerung ein, die wiederum auf die Werke sich ungünstig auswirken muß. Schon vor Monaten haben die Kunden der Nordwolle erklärt, daß sie mit einem bankrotten Unternehmen nichts mehr zu tun haben wollen. Der Zustand wird also nicht besser, sondern durch die Verschleppungsmanöver immer schlechter, wovon in erster Linie die Arbeiter betroffen werden. Noch niemals ging das Wohlwollen der Arbeiter dem Profitinteresse vor! So also sehen zur Zeit die Dinge in der Nordwolle aus!

Wie steht's mit der Nordwolle?

Lahusens erweisen erneut ihre „Unschuld“

Die verkleinerte Nordwolle.

vi. Die endgültige Vereinigung um den Nordwollezusammenbruch kommt nicht vorwärts. Seit Juni/Juli vorigen Jahres tobt der Kampf zwischen Nordwollgläubigern, Konkursverwalter, Lahusens und den Großbanken, um die Hinterlassenschaft der Nordwolle bzw. um die Nordwolle-Neugründungen. Bis in die jüngsten Tage warf die eine Interessentengruppe der anderen böswillige Verschleppungstatist vor, die den Wiederaufbau verzögere. Daß die Gläubiger der Nordwolle ungeduldig werden, daß sie um die Konkursquote Bange bekommen, die um so geringfügiger wird, je länger die „Aufräumung“ dauert und je mehr Betriebe zum Erliegen kommen, ist selbstverständlich. Aber gerade durch ihre Opposition den Neugründungspänen des Konkursverwalters gegenüber sind sie letzten Endes an der Verzögerung nicht unschuldig.

Unseren Lesern ist bekannt, daß der Konkursverwalter gleich nach dem Zusammenbruch der Nordwolle mit einem Aufbauprojekt heraustrückte, das die wichtigsten Betriebe des Konzerns, nämlich die Werke Delmenhorst, Eisenach, Mühlhausen, Bahrenfeld und Leipzig (Tittel u. Krüger) in eine neue verkleinerte Nordwolle zusammenfassen wollte. Nach vielen Monaten ist das Projekt, wenn auch völlig verändert, in Form von zwei Neugründungen Tatsache geworden. Da inzwischen vieles zerfallen war, hatte das Projekt nicht mehr die Durchschlagskraft für das einzelne Gefüge des Konzerns, die es Monate vorher bestimmt gehabt hätte.

10 000 Arbeiter bezahlten den Streich der Lahusens mit ihrer Existenz.

Vor dem Zusammenbruch verfügte der Nordwollekonzern über zwölf in Betrieb befindliche Spinnereien und Kammereien, ferner über den Betrieb Bischoff u. Rodach (Strickerel, Färberel) mit einer Gesamtbelegschaft von rund 21 000 Mann. Insgesamt wurden 530 000 Spindeln gezählt, von denen vor dem Zusammenbruch rund 480 000 in Betrieb waren. Die Garnproduktion des Konzerns betrug jährlich etwa 20 Millionen Kilo. Der Konzern verfügte ferner über fünf Nebenbetriebe, sieben eng verbundene Gesellschaften (z. B. „Alrowa“ Strickerelbetriebe und „Loga“ Webereibetriebe, beide mit 25 Millionen Mark Aktienkapital), 22 eigene Verkaufsbüros, zwei eigene Gesellschaften in Uebersee und eine eigene Verkaufsorganisation.

Von den Spinnerei- und Kammereierwerken waren im Februar 1932 noch in Betrieb die Werke Delmenhorst, Eisenach,

Bahrenfeld, Wilhelmshurg, Homburg, Kaiserlautern, Neudorf, Mühlhausen und Leipzig mit rund 11 000 Beschäftigten und etwa 800 000 tätigen Spindeln. Im Januar/Februar 1932 war also die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 48 Proz., die Zahl der tätigen Spindeln um 48 Proz. niedriger als vor dem Zusammenbruch des Konzerns.

10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen bezahlten bisher die „hoffnungsvolle Arbeit der Lahusens im Dienste des Unternehmens“ mit ihrer Arbeitslosigkeit.

Die selbständigen Betriebe.

Bemerkt werden muß noch, daß von den tätigen Spinnereierwerken die Werke Neudorf und Kaiserlautern sich gleich nach dem Zusammenbruch vom Konzern lösten und selbständig machten. Sie fühlen sich sehr gut dabei, denn die Betriebe arbeiteten bis heute von allen anderen Nordwollebetrieben am besten. Beide Betriebe allein umfaßten über ein Viertel der ganzen Konzernbelegschaft und die knappe Hälfte des tätigen Spindelbestandes; sie gehörten also zu den Großbetrieben des Konzerns. Abzüglich dieser beiden Betriebe verbleibt von dem ehemaligen stolzen Bestand der Konzernbelegschaft von 21 000 Mann der Rest von rund 6000 Arbeitern, der sich auf die Betriebe Delmenhorst, Eisenach, Bahrenfeld, Leipzig, Mühlhausen, Homburg und Wilhelmshurg verteilt.

Die Nordwollewerke Hainichen, Langensalza, Schweina, und Bernshausen liegen seit Monaten still und stehen zum Verkauf. Auch hier wurde etwas Greifbares noch nicht erreicht, obwohl es unseren Geschäftsstellen, von Bürgermeistern und sonstigen Behörden nicht an Bemühungen fehlte, Käufer für die Werke zu finden. Diese Werke beschäftigten im Mai 1931 2730 Personen. Zum Verkauf stehen ebenfalls die Werke Wollkammerei Wilhelmshurg und Bischoff u. Rodach. Nach sich widersprechenden Meldungen soll die Wollkammerei Wilhelmshurg das Interesse deutscher Wollhandelskreise erregt haben; andere wieder behaupten, daß die Konkurrenz versuche, das Werk in ihre Finger zu bekommen, um es

Klärt sie auf!

Ihr seht doch auch alles, ihr Leipziger! Was in der Nummer 13 stand, war allerdings in dieser Form geeignet, den Leser einen Augenblick stäubig zu machen. Einen Augenblick aber nur; denn nur ein Buchstabengläubiger konnte den fehlenden Absatz ignorieren, der durch ein Versehen weggeblieben ist und in dem Duesterberg und Hiltler als ehles Paar und Vertreter einer eindeutigen Kulturreaktion vorgestellt wurden. Da auch die anderen beiden Kandidaten kurz erwähnt wurden, mußte im letzten Absatz noch einmal eine abschließende „Würdigung“ der „beiden ersten Kandidaten“ gegeben werden, damit der Unterschied gerade den Frauen verständlich wurde. Aber habt Dank, ihr treuen Leser...



# Die Rechnung der „Wirtschaftsführer“

## 178,83 Millionen Mark Verlust der Nordwolle

Ende Januar wurde die deutsche Presse durch die Zusendung einer Verteidigungsschrift überrascht, die im Auftrage der Brüder Lahusen und der Verteidigung erfolgt war. Wir haben über diese „Verteidigung“ ausführlich berichtet und gaben auch eine Reproduktion des Kreuzbandes wieder, das die anmaßende Aufschrift enthielt: „Die Lahusens sagen die Wahrheit!“

Was in dieser Schrift verzapft wurde, ging auf keine Ruhhaut. Die sauberen Brüder suchten sich nach allen Regeln der Kunst reinzuwaschen. Ihre hohlen Deklamationen halfen ihnen aber nichts; denn die deutsche Öffentlichkeit stützte sich in ihrem Urteil auf die Tatsachen einer schauderhaften Wirtschaftsführung im Nordwolle-Konzern, deren Wirkungen auf die übrige Wirtschaft hinübergreifen und eine der Ursachen der Krisenverschärfung waren.

Jetzt liegt der Bericht der mit der Nachprüfung der Bilanzen der Nordwolle beauftragten Treuhand-Aktiengesellschaft für Warenverkehr vor. Diese Prüfung kommt zu einem Verlust von mindestens 178,83 Millionen Mark, der also weit über Aktienkapital und Reserven hinausgeht und auf Jahre zurückgeht, während derer noch Gewinne ausgewiesen und auch ausgeschüttet worden sind. Die Versuche, den Eindruck zu erwecken, als habe man bei der Konturöffnung die Lage der Gesellschaft zu ungünstig gesehen, müssen an diesem Bericht der Treuhand scheitern. Selbstverständlich entspricht das Resultat der monatlichen Prüfung durch die Treuhand nicht ganz den Ziffern, die damals der mit der Prüfung beauftragte Vertreter der Banken mehr überschlägig schätzen als berechnen konnte. Immerhin aber ist diese Schätzung durch den Treuhand-Bericht wesentlich gerechtfertigt worden, zumal ja zwischen dem Bilanztermin und dem Publikationstermin dieser Schätzung weitere Verluste eingetreten waren. Tatsächlich wollten die Banken trotz der damals festgestellten Verluste, die ein Vielfaches von Aktienkapital und Reserven ausmachten, noch eine Sanierung durchführen. Sie scheiterte endgültig, als die Bank- und Zahlungskrise eingetreten war — nicht zuletzt unter dem katastrophalen Eindruck des Nordwolle-Debatel. Ist das Ergebnis des Treuhand-Berichts ähnlich wie das früherer Untersuchungen, so bietet er auch in seinen Einzelheiten nicht allzuviel Neues. Auch er stellt fest, daß in der Bilanz starke Ueberschätzungen vorgenommen waren, daß Beträge aus den Reserven (Ultramarine) auf private Konten übertragen worden sind, ohne entsprechende Belastung, daß die Verpflichtungen zu niedrig ausgewiesen und durch falsche Charakterisierung von Aktiven die Liquidität zu günstig dargestellt worden ist.

Es zeigt sich, daß nicht nur die Einlagen, sondern vor allem auch die Vorräte zu hoch bewertet waren, wobei man nach dem Treuhand-Bericht z. B. Rohwolle eingezogen hat, die noch nicht fakturiert war, ohne den entsprechenden Gegenposten unter die Gläubiger aufzunehmen, und ähnliche Dinge. Auch hat man die Bewertungen nicht immer den Vorschriften des HGB. entsprechend vorgenommen. Am wichtigsten aber ist die Streichung des größten Teils der über 74 Millionen Mark betragenden Forderung der Nordwolle an die Ultramarine in der Treuhand-Bilanz. Hier liegt ja überhaupt der Kern der Transaktionen, die zu den Verlusten und zu ihrer jahrelangen Verschleierung geführt haben. Bei der Ultramarine in Holland hat man jahrelang mit Hilfe von Fakturanzuschlägen Reserven geschaffen, um dann, wenn es für die Nordwolle-Bilanz not-

wendig schien, einfach Forderungen an die Ultramarine zu aktivieren. Die entsprechenden Werte waren aber bei der Ultramarine längst nicht mehr vorhanden. Sie waren teilweise in Aktien der Tochtergesellschaften festgelegt, die ihr Kapital ganz oder teilweise verloren hatten, teilweise waren sie in Wollspetulationsverträgen verloren, teilweise für Nordwolle-Aktien verausgabt und schließlich aber auch zum Teil durch Privatentnahmen verwandt. Als Endresultat eines komplizierten Hin und Her von Buchungen, bei dem auch persönliche Konten der Vorstandsmitglieder eine beträchtliche Rolle gespielt haben, blieb jedenfalls die Verwandlung der seinerzeit gedachten stillen Reserve in einen riesigen Debitorenposten in der Nordwolle-Bilanz, der durch wirtschaftliche Werte keineswegs mehr gedeckt war. Die strafrechtliche Seite dieser Transaktion, die Frage, wie weit in ihnen der Tatbestand der Bilanzverschleierung oder vielleicht auch der der Untreue erfüllt ist, wird in einem Verfahren geklärt, dessen Vorbereitungen in Bremen übrigens schon reichlich lange dauern, und das, wie die schnelle und erfolgreiche Durchführung des Schultheiß-Prozesses zeigt, an anderen Orten vielleicht schon weiter gefördert wäre. Man wird in dem Verfahren jedenfalls sicher noch eingehend von den Konten mit poetischen Zeichnungen wie „Lauhe“ und „Sonne“ hören, die bei der Ultramarine konstruiert worden sind, und schließlich zu dem sehr profanen Ende geführt haben.

Ueber die Verlustquellen berichtet die Prüfungsgesellschaft:

Wir glauben, daß von den von 1925 bis 1928 ausgeschütteten Dividenden und Lantien in Gesamthöhe von 23 278 900 Mk. mindestens rund 20 Millionen Mark aus der Substanz gezahlt sind und daher als Verlust angesehen werden müssen. Nach unseren bisherigen Ermittlungen sind bei den sogenannten „befreundeten Firmen“ durch verlorene Forderungen, Bürgschaften und Abschreibungen auf Forderungen, Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen bis Ende 1930 Verluste in Höhe von rund 33 512 000 Mark eingetreten, ungerechnet den Verlust, den Hum auf die von ihr gehaltenen Aktien und Beteiligungen erlitt. Die Privatein-

## Jahr der höchsten Konkursziffern

Im Jahre 1931 wurden in Deutschland 13 599 Konkurse und 8499 Vergleichsverfahren eingeleitet. In den Jahren 1929 und 1930 betrug die Konkursziffer 9846 bzw. 11 340 und die Ziffer der Vergleichsverfahren 4893 bzw. 7062. Die Zahl der Konkursfälle ist gegenüber 1930 um 20 Proz., und die der Vergleichsverfahren um den gleichen Satz gestiegen. Nimmt man allerdings das letzte halbe Jahr, so ist eine Verschlechterung um fast 50 Proz. zu verzeichnen. Das vierte Quartal schließt sogar mit einer Zunahme von 70 Proz. Wenn man diese geschäftlichen Zusammenbrüche richtig werten will, muß man daran denken, daß das Jahr 1931 das größte Krisenjahr seit Jahrzehnten war, und ferner in Berücksichtigung ziehen, daß die deutsche Wirtschaft in all ihren Zweigen von Geschäftsunternehmungen überzsetzt ist. Von diesem Blickfeld aus beurteilt man die Sache etwas anders. Dennoch ist der Zusammenbruch von 22 000 Geschäftsunternehmungen eine Angelegenheit, an der nicht spurlos vorübergegangen werden kann. Das Trümmerfeld von vernichteten Existenzen ist groß. Bei voller Würdigung dieser Tatsache möchten wir aber nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß es unter den Arbeitern und Angestellten Millionen vernichtete Existenzen gibt. Davon spricht man allerdings weniger.

## Internationaler Kapitalismus

Die Gefahr der Industrieauswanderung

Sehr häufig kann man heute beobachten, daß englische Kreise bemüht sind, deutsche und andere Industrieunternehmungen nach England zu ziehen. In deutschen Zeitungen und Zeitschriften inserieren englische Städte und fordern deutsche Fabrikanten auf, dorthin eine Fabrik zu bauen oder zu

nehmen aus den stillen Devisenguthaben entzogen der Substanz rund 18 469 000 Mk. Aus den sonstigen Effektentransaktionen über Hum, aus den Vergütungen an Dritte, den ausgeschütteten Hum-Dividenden und den von Hum verbuchten Privatentnahmen und gestaffelten Kontenüberziehungen erwuchs ein Verlust von 42 737 000 Mk. Wir haben auf die Anlagen eine Sonderabschreibung von 14 500 000 Mk. vorgenommen. Wegen der Rücknahmeverpflichtung der Neudecker Aktien stellen wir juristisch 3 Millionen Mark. Das sind zusammen 132 218 000 Mk. Der von uns ermittelte Verlust betrug 178 831 000 Mk. Der verbleibende Verlust von 46 613 000 Mk. muß im wesentlichen durch den Betrieb, das Handelsgeschäft und den Preisrückgang der Wolle entstanden sein. Nach den Ermittlungen der „Treuhand“ hätten ausgewiesen werden müssen Ende 1928 anstatt eines Gewinnes von 3 964 000 Mk. ein Verlust von 4 265 000 Mk., Ende 1927 auch kein Gewinn anstatt des ausgewiesenen Gewinnes von 6 261 000 Mk., Ende 1928 anstatt eines Gewinnes von 8 197 000 Mk. ein Verlust von mindestens 24 500 000 Mk. bzw. 40 500 000 Mk., Ende 1929 anstatt eines Verlustes von 643 000 Mk. ein Verlust von mindestens 70 bis 80 Millionen Mark, wenn man hier den verbleibenden Aktienposten Debitor Hum in Höhe von rund 40 Millionen Mark unberücksichtigt ließ.

In ihrer „Verteidigungsschrift“ geben die sauberen Brüder als Ursache der Verluste sowie als Verlust- und Gewinnmöglichkeiten die deutsche Sozial- und Wirtschaftspolitik an, die ihnen nicht die schrankenlose Ausbeutung ihrer Arbeiter gestattete. Sie vergießen auch ein paar Tränen über den im Jahre 1927 durchgeführten großen Streit, der nötig wurde, weil die Nordwolle-Leitung

immer selbstherrlicher vorging und einfach ein neues Lohnsystem, durch das die Leistungen der Arbeiter noch kläglicher bezahlt werden sollten, mit Gewalt einführen wollte. Sie entblöden sich nicht, in ihrem Machtwort zu behaupten, daß ihr „Verhältnis zur Arbeiterschaft stets ein freundliches war“. Nordwolle-Arbeiter, hört es, der Lohndruck und die Quälereien, mit denen man euch dauernd verfolgte, waren nichts als ein Akt der Freundlichkeit! Die Frechheit dieser Ausbeutergesellschaft ist wirklich grenzenlos! — Wir lesen weiter, was sie in ihrer „Wahrheits“-Broschüre verzapfen:

„Alle Behauptungen, die uns „Verschwendungssucht“ oder einen „unmäßigen“ Verbrauch zur Last legen, widersprechen den Tatsachen; zudem dürfte es üblich sein, dem einzelnen die Anlage seines Vermögens nach seinem Guldanken zu überlassen. Eine Belastung der Firma durch persönliche Inanspruchnahme ist nie erfolgt.“

Da hat man die ganze Kaltblütigkeit unserer modernen Industrieritter! Das mit wahnsinnigem Luxus ausgestattete gewesene Schloß Reihershorst hat also mit Verschwendungssucht und unmäßigem Verbrauch nichts zu tun! Wer lacht da? Und da erdreistet sich eine Treuhandgesellschaft festzustellen, daß von den von 1925 bis 1928 ausgeschütteten Dividenden und Lantien in Gesamthöhe von rund 23 Millionen Mark aus der Substanz, also aus dem Geschäftsvermögen, gezahlt worden sind!

Dieser letzte Bericht hat nur die Dinge, die ja längst klar zutage lagen, bestätigt. Wir erheben noch einmal Protest gegen die langsame Arbeit des Untersuchungsgerichts. Eine exemplarische Strafe muß die Schuldigen an diesem Wirtschaftszusammenbruch erwarten.

pachten. Von amtlicher englischer Seite werden derartige Bestrebungen unterstützt. In einigen Fällen haben solche Lockungen bereits Erfolg gehabt. Im „Berliner Börsen-Courier“ Nr. 27 lesen wir hierüber:

„Es ist bekanntgeworden, daß ein Unternehmer der Offenbacher Lederindustrie bereits einen Vertrag (ein Zweigwerk zu errichten) abgeschlossen hat, und daß auch eine Solinger Stahlwarenfabrik eine solche Auswanderung beabsichtigt. Es soll auch in der elektrotechnischen Industrie kleinere Firmen geben, die sich mit ähnlichen Gedanken tragen. Auch Textilindustrielle haben Interesse für solche Pläne gezeigt.“

Wenn diese Pläne auch vereinzelt sind, so zeigen sie aber, daß hohe Schutzollmauern die Auswanderung von Industrieunternehmungen begünstigen. Man glaubt, nicht nur den englischen Markt, sondern auch andere Länder günstiger mit ihren Waren beliefern zu können. Vielleicht verkalkuliert man sich. Dennoch sind solche Bestrebungen beachtlich und zugleich charakteristisch. Die Meinung, daß solche Industrieunternehmungen Stammarbeiter, Techniker und Angestellte in großer Zahl mitnehmen können, dürfte sich als ein schwerer Irrtum erweisen. Die englische Gesetzgebung gestattet nur eine Aufenthaltsgenehmigung für die Dauer von sechs Monaten. An einer Einwanderung von Arbeitern ist weder England noch einem anderen Lande etwas gelegen. Man sollte dieser Industrieauswanderung die größtmögliche Beachtung schenken.

## Die politische Verschuldung der Welt

Für die interalliierten Kriegsschulden ist gegenwärtig als Kapitalwert ein Bruttobetrag von rund 54,6 Milliarden Mark anzunehmen. In dieser Summe sind 17 Milliarden Schulden enthalten, die das ehemalige Rußland aufgenommen hat, und für die noch keine Rückzahlungsregelung getroffen ist. Vom Rest entfallen rund 33 Milliarden auf die Schulden der reparationsberechtigten Mächte, für die nach Aufrechnung der gegenseitigen Forderungen ein Nettobetrag von 26,8 Milliarden Mark festzustellen ist. Mit diesem Betrag sind diese Mächte an die Vereinigten Staaten von Amerika verschuldet. Die deutschen Reparationsverpflichtungen haben einen Gegenwert von etwa 39 Milliarden Mark. Deutschlands politische Schuldenlast übertrifft also diejenige Gruppe der Länder, an welche Deutschland Reparationen zu zahlen hat. — Dieses Zahlengewirr von Schulden und Forderungen steht wie eine dunkle Wolke am politischen Horizont. Wenn sie einmal verscheucht wäre, würde man freier und leichter in die Zukunft blicken können.

## Heinr. Cunow 70 Jahre

Am 11. April wurde Genosse Heinrich Cunow 70 Jahre alt. Die hohen Verdienste seiner reichen Persönlichkeit sind in einem Zeitungsartikel schwer darzustellen. Wir wollen hier nur kurz auf sein wertvolles Schrifttum hinweisen.

Seine Werke sind wie sein Wirken, eine glückliche Synthese von Theorie und Praxis. Sein Weg führte vom Hamburger Kaufmann zum Schriftsteller, Redakteur, Ethnologen zum Geschichtsforscher und Volkswirtschaftslehrer an der Berliner Universität.

Von der großen Zahl seiner Aufsätze und Schriften nennen wir hier nur die markantesten:

In dem Werk: „Die Marxsche Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatstheorie“ vermittelt Cunow die Grundzüge der Marxschen Soziologie.

Und in seiner epochalen „Allgemeinen Wirtschaftsgeschichte“, die vier starke Bände umfaßt, gibt der Verfasser eine Uebersicht über die Wirtschaftsentwicklung von der primitiven Sammelwirtschaft bis zum Hochkapitalismus.

Allen religiösen Sozialisten, wie auch allen praktischen Politikern, denen der Marxismus kein bloßes Dogma, sondern lebendige Gesichtsanwendung ist, sei Cunows Schrift über den „Ursprung der Religion und des Gottesglaubens“ hier besonders empfohlen. Verfasser zeigt darin, daß der Gottes- und Unsterblichkeitsglaube der Völker überall von den gleichen Grundvorstellungen ausgeht und aufs engste mit den Besonderheiten von Lebensweise und Naturumgebung verknüpft ist.

(Sämtliche Werke sind erhältlich in jeder Parteibuchhandlung oder beim Zentralparteiverkauf S. H. W. Dieß Nachf., O. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.)

## Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 17. April, ist der Beitrag für die 18. Woche fällig

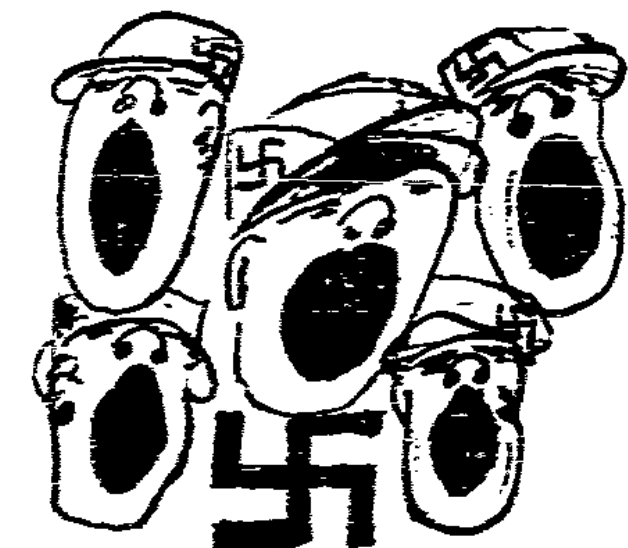
## Adressenänderungen

Gau Hannover: Bremen: Daus ist zu streichen. Alle Zuschriften, Bremen betreffend, sind nach Delmenhorst zu richten an: Wolf Burgert, Driftstr. 30, I.

Gau Barmen: Dieringhausen: Alle die Rasse betr. Zuschriften sind zu senden an den Raffierer August Römer, Dieringhausen, Bezirk Köln, Bahnhofstr. 5.

Gau Schlesien: Grünberg i. Schl.: V. Frau Hedwig Höpfer, Lübenz Nr. 1

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßer in Berlin. — Verlag: Carl Schaber in Berlin. Remeler Str. 8/9. — Druck: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.



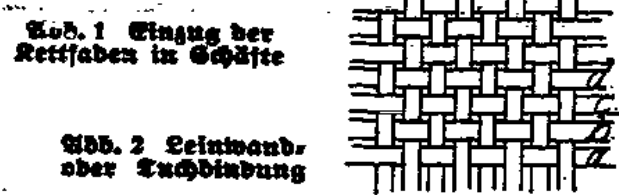
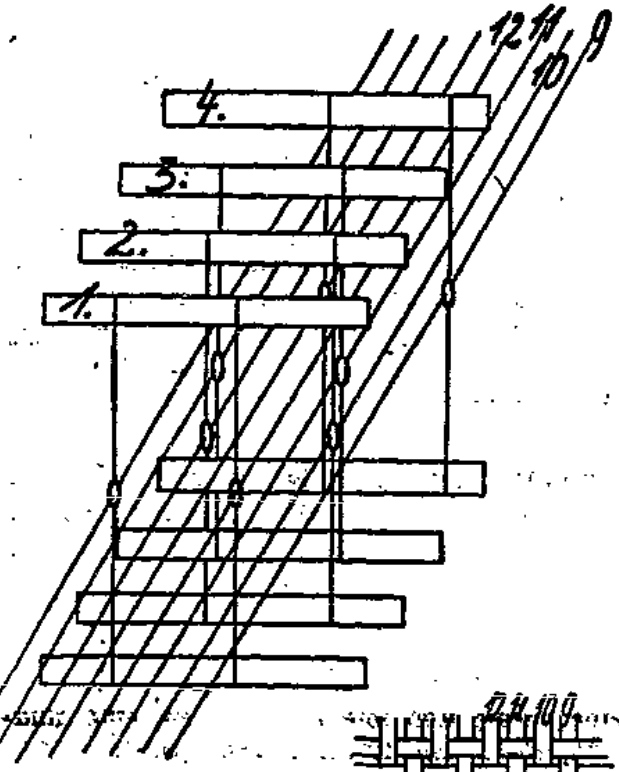
Schlagt die Phrasen-Helden



## Die Weberei Die verschiedenen Bindungen

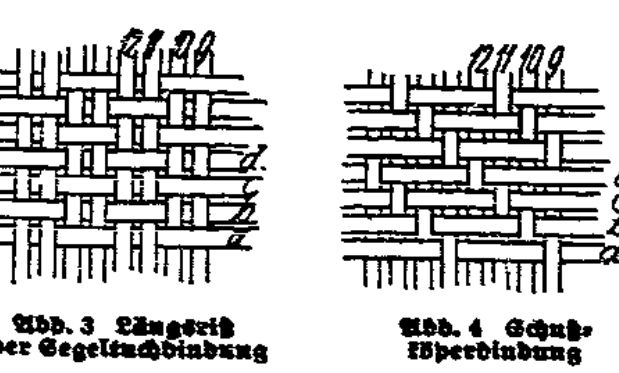
In der letzten Abhandlung haben wir den Kettfadenlauf im Webstuhl besprochen. Dabei haben wir die Organe, die den Kettfaden berühren oder beeinflussen, kennengelernt. Kurz wiederholt: Die Leiststäbe, das Geschirr und die Ladenbahn mit dem Blatt. Das Geschirr dient, wie wir gesehen haben, dazu, die Kettfadenpartien abwechselungsweise zu heben und zu senken, wodurch das sogenannte Fach gebildet wird.

Heute wollen wir uns die Bewegung der Schäfte und die Möglichkeiten der Fadenverkreuzung etwas näher ansehen. Wir greifen zurück auf unsere Abbildung 2 der letzten Abhandlung, die jetzt mit Abb. 1 bezeichnet ist. Wenn bei einem Einzug, wie er in Abb. 1



dargestellt ist, der Schaft 3 und 4 miteinander gehoben werden, während der Schaft 1 und 2 gesenkt wird (beim nächsten Arbeitspiel umgekehrt), erhalten wir ein Gewebe, wie es in Abb. 2 gezeichnet ist. Der Ubersichtlichkeit halber wollen wir wieder die Kettfäden mit 9, 10, 11, 12 usw. bezeichnen. Kettfaden 9 liegt beim Schuß a oben, Kettfaden 10 unten, 11 wieder oben, 12 unten usw. Beim Schuß b liegt Kettfaden 9 unten, 10 oben, 11 unten, 12 oben usw. Beim Schuß c liegt Kettfaden 9 wieder oben, 10 unten, 11 oben, 12 unten usw. Diese Art der Abbildung heißt Einwand- oder Tuchbindung.

Wenn wir nun die mit geraden Zahlen bezeichneten Schäfte gleichzeitig heben lassen und die mit ungeraden Zahlen bezeichneten Schäfte dabei senken, so daß also Schaft 2 und 4 miteinander gesenkt werden, während Schaft 1 und 3 gehoben wird, erhalten wir ein Bild, wie es in Abb. 3 gezeichnet ist. Kettfaden 9 und 10 liegen beim Schuß a unten, Kettfaden 11 und 12 liegen oben, dann die nächsten zwei wieder unten usw. Beim Schuß b liegt Kettfaden 9 und 10 oben, 11 und 12 unten, die nächsten zwei oben, dann wieder zwei unten usw. Beim Schuß c wiederholt sich das Bild von Schuß a, bei Schuß d das Bild von Schuß b. Diese Art eines Gewebes



wird mit Rängstrips oder auch mit Segel-tuchbindung bezeichnet. Trotzdem wir zwei verschiedene Gewebe erzeugen, brauchen wir zur Bewegung der Schäfte nur zwei Bewegungsmechanismen, da ja immer zwei Schäfte miteinander gleichzeitig bewegt werden.

Bei dem Gewebe, das durch Abb. 3 gekennzeichnet ist, ist die Fadenstellung gleich, wie bei Gewebe 2. Gleich sind auch die Kettfäden in die Schäfte eingezogen, verschieden dagegen ist die Anknüpfung der Schäfte an die Bewegungsmechanismen. Wir können aber auch die Schäfte nacheinander arbeiten lassen. Wenn wir z. B. den Schaft 4 heben und dabei Schaft 1 und 3 senken, beim zweiten Schuß Schaft 3 heben und dabei Schaft 1, 2 und 4 senken, beim dritten Schuß Schaft 2 heben und dabei Schaft 1, 3 und 4 senken und beim vierten Schuß endlich Schaft 1 heben und dabei 2, 3, 4 senken und beim fünften Schuß das Spiel wieder mit dem vierten Schaft beginnen, erhalten wir ein Gewebe, wie es Abb. 4 zeigt. Kettfaden 9 ist beim ersten Schuß gehoben, liegt also über dem Schuß, die andern 3 Kettfäden unter dem Schuß. Beim zweiten Schuß liegt Kettfaden 10 über dem Schuß, beim dritten Schuß Kettfaden 11 über und beim vierten Schuß Kettfaden 12 über dem Schuß. Beim fünften Schuß beginnt das Spiel wieder mit dem Kettfaden 9. Diese Art der Bindung heißt Röper- oder Diagonalbindung. Wir können auch noch auf andere Weise die Schäfte heben und senken, und zwar etwa wie folgt. Beim ersten Schuß wird Schaft 4 und 2 (Kettfaden 9 und 10) gehoben, 1 und 3 (Kettfaden 11 und 12) gesenkt. Beim nächsten Schuß wird Schaft 2 und 3 (Kettfaden 11 und 12) gehoben und 1 und 4 (Kettfaden 9 und 10) gesenkt. Beim dritten Schuß (Schuß c) wird Schaft 1 und 3 gehoben und 2 und 4 gesenkt und bei Schuß d wird Schaft 1 und 4 gehoben und 2 und 3 gesenkt. Beim fünften Schuß wiederholt sich das Spiel des ersten Schusses. Schaft 2 und 4 wird gehoben, 1 und 3 gesenkt. Dieses Gewebe, das in Abb. 5 dargestellt ist, wird als Doppelköper bezeichnet. Es zeigt, wie auch das in Abb. 4 dargestellte Gewebe eine Diagonalbindung. Das Gewebe unterscheidet sich von dem in Abb. 4 dargestellten dadurch, daß sowohl Kette als Schuß gleichmäßig an der Bindung

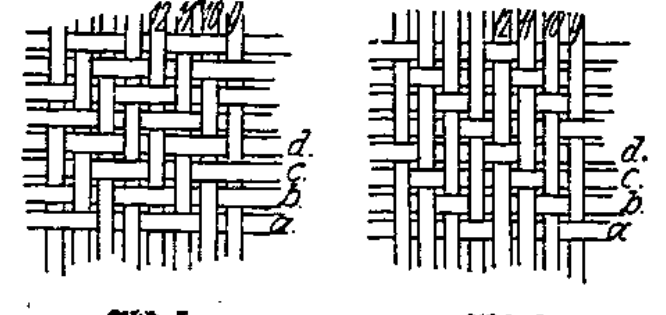
beteiligt sind, infolgedessen beide Seiten gleichartig aussehen. Die Ware ist also doppelseitig.

In Abb. 4 liegen immer 3 Kettfäden unter dem Schuß und nur 1 Kettfaden über dem Schuß. Es ist also auf der rechten Seite in erster Linie Schußmaterial zu sehen. Die Ware wird deshalb als Schußköper bezeichnet. Arbeiten wir dagegen umgekehrt, so daß immer nur ein Faden gesenkt und drei gehoben werden, erhalten wir eine Ware, bei der in erster Linie Kette auf der rechten Seite liegt. Diese Ware wird dann mit Kettköper bezeichnet, Abb. 6 stellt sie dar.

Bei den Geweben, die durch die Abbildungen 4 bis 6 wiedergegeben sind, muß jeder Schaft unabhängig von den andern bewegt werden können, denn wenn auch bei jedem Spiel nur zwei Gruppen gebildet werden, wovon die eine hebt, die andere senkt, so sind in diesen beiden Gruppen doch immer wieder andere Schäfte. Wir brauchen also bei dieser Art von Geweben vier Bewegungsmechanismen.

Die Bewegungsmechanismen waren beim Handwebstuhl Tritte, die der Weber für den Schaft, den er gesenkt haben wollte, getreten

hat. Die Schäfte waren durch oft recht sinnreiche Rollenzüge so miteinander verbunden, daß durch das Treten des Schafes, der gesenkt werden sollte, die andern Schäfte zwangsläufig gehoben wurden. Dieser Ausdruck Tritte ist auch beim mechanischen Webstuhl noch beibehalten worden, obwohl es natürlich beim mechanischen Webstuhl nur



noch Hebelsysteme sind. Der Fuß des Webers, der die Tritte betätigt, ist durch Ergänzter, die auf einer Welle, der Ergänzterwelle, sitzen, ersetzt.

In der nächsten Abhandlung wollen wir uns dann die Möglichkeiten der Tritt- und Ergänzteranordnung und die Geschwindigkeitsverhältnisse näher ansehen.

## BERICHTE AUS FACHKREISEN

### Hamburg

Wir sind am Sonnabend, dem 2. April 1932, fand im Gewerkschaftshaus Hamburg eine Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe statt, die, wie die vorhergehenden Versammlungen, außerordentlich gut besucht war. Der gute Versammlungsbesuch in der letzten Zeit ist ein Beweis dafür, daß unsere Mitglieder trotz der schweren Wirtschaftskrise das Interesse an der Organisation noch nicht verloren haben.

Der Gauleiter, Kollege Dahmann, hielt in der Versammlung einen Vortrag über: „Die Ursachen der Weltkrise im Gewerbe“, welchem die Anwesenden mit der größten Aufmerksamkeit folgten. Der Vortrag löste eine recht rege Aussprache aus und es wurde allgemein die Haltung derartiger Vorträge begrüßt.

Wenn, wie in letzter Zeit, die Funktionäre rege

mitarbeiten, wird es auch möglich sein, für die Durchsetzung unserer Idee weitere Kämpfer zu werben.

### Reichenbach i. V.

Gründung Nach dem ein Monat vergangen, seit zur Formierung einer „Eisernen Front“ und damit gleichzeitig zur Bildung einer „Textilarbeiter-Hammerschäfte“ aufgerufen wurde, trat am Sonnabend, dem 12. März, aus Anlaß der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl im Rahmen einer diesbezüglichen Kundgebung der „Eisernen Front“ die „Hammerfront“ der organisierten Textilarbeiter Reichenbachs erstmalig im Zeichen des neuen Sturmbanners geschlossen auf. — Eine stattliche Anzahl Kollegen (rund 100) hatten nach einer vorangegangenen diesbezüglichen Versammlung und nach einem ebenfalls zu diesem Zweck von der Ortsverwaltung herausgegebenen Rundschreiben ihren Eintritt in die „Hammerfront der Textilarbeiter“ erklärt, um damit allen Gegnern der Arbeiterfront und deren Organisationen auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen, daß sie nicht gewillt sind, die im jahrzehntelangen harten Kampf erworbenen Rechte der Arbeiterfront wieder kampf- und widerstandslos preiszugeben. — Schwere, sehr schwere Kämpfe stehen noch der Arbeiterfront zur Erhaltung ihrer Rechte bevor, und viele, viele, die sich dessen bewußt sind, fehlen noch in den Reihen der in der Hammerfront zusammengeschlossenen Kämpfer. Darum: Alle, die gleichen Willens sind, treten unverzüglich der „Textilarbeiter-Hammerfront“ bei.

Literatur Verlag von Julius Bely-Langenhalja, Berlin, Leipzig: „Kettfäden des Arbeitsrechts“ von Dr. Hermann Feilbach, Arbeitsgerichtsdirektor in Offenbach a. M., unter Mitwirkung von Wilhelm Seibert, Stadtschulrat in Offenbach a. M. Preis 1,35 M.

### Die Gefahr des Staubes

Der Staub ist eine Gefahr für die Gesundheit des Menschen. Das ist eine Tatsache, die von der Wissenschaft seit langem anerkannt wird. Neue Zahlen hierüber finden wir in der Zeitschrift „Arbeiterforum“. Danach kann die von einem Arbeiter eingeatmete Staubmenge in mangelhaft geschützten Betrieben in 30 Jahren in Zementfabriken auf 10 000 Gramm, in Filzfabriken auf 7710 Gramm steigen. Selbst wenn hier von der größte Teil durch die Schutzorgane des Menschen abgeführt wird, so heißt es im „Arbeiterforum“, bleibt immer noch eine genügende Menge zur Schädigung der davon betroffenen Körperorgane übrig.

Aber der Staub ist zugleich von nachteiligem Einfluß für die wirtschaftliche Betriebsgestaltung. So ist der Staub sehr schädlich für viele Maschinen. Ein amerikanisches wissenschaftliches Institut hat den jährlichen Staubschaden für Pittsburg dem „Arbeiterforum“ zufolge auf zehn Millionen Dollar berechnet, das sind 20 Dollar auf den Kopf der Bevölkerung.

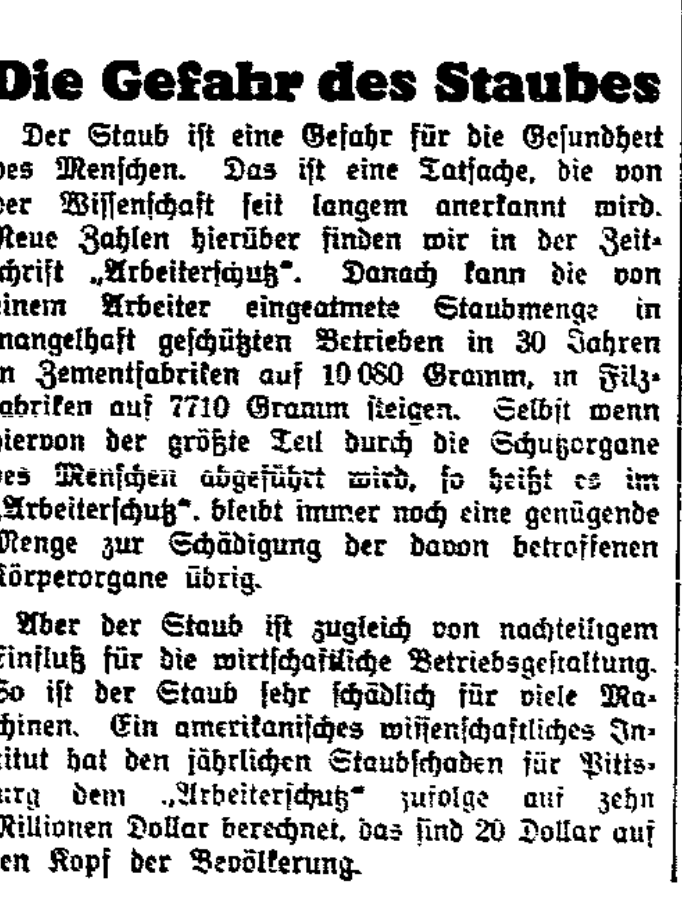
## Die ersten Minuten sind die wichtigsten!

Bei jeder Unterweisung in der ersten Hilfe wird stets darauf hingewiesen, daß man lieber erst genau überlegen, sich genauestens orientieren, Rettungsstelle, Arzt usw. benachrichtigen soll, ehe man durch falsche unsachgemäße Hilfe womöglich Schaden anrichtet. Ein Fall aber, in dem sofort zugegriffen werden muß, ist der Scheintod durch elektrischen Schlag.

Nachdem der elektrische Strom ausgeschaltet oder der Verletzte von der auch dem Helfer Gefahr bringenden Stelle der Stromleitung entfernt ist, muß unverzüglich künstliche Atmung einsetzten. Es darf auch nicht eine Minute oder Sekunde damit gezögert werden! Also in solchem Falle nicht wie bei Gasvergiftungen erst die Fenster



öffnen oder den Bewußtlosen transportieren, bequemer lagern. Junge herausholen, nicht erst Arzt oder sonstige Helfer benachrichtigen, nicht auf Sauerstoff oder sonstige Wiederbelebungsinstrumente warten, nicht erst Sanitätsstation herbeirufen, sondern ohne Verzögerung mit der künstlichen Atmung beginnen. Seiltüchlein des Kopfes verhindert das Zurück-



# UNTERHALTUNG UND WISSEN



Die Geschichte eines amerikanischen Seemanns : : Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin  
Illustriert von Georg Wilke

15. Fortsetzung)

Der Sekretär kommt wieder zurück. Der Konsul, der während der Zeit am Fenster gestanden hat und hinuntergesehen hat, dreht sich um:

„Na?“

„Ist nicht drin.“

Das mußte ich vorher. Jetzt kriege ich meinen Paß. So schnell nicht.

Der Sekretär ist wieder gegangen und hat die Tür hinter sich zugemacht. Der Konsul sagt nichts, setzt sich wieder an seinen Schreibtisch, sieht mich eine Weile an und weiß nicht mehr, was er fragen soll. Seine Prüfungsaufgaben scheinen nur bis hierher gereicht zu haben. Nun steht er auf und verläßt das Zimmer. Jedenfalls holt er sich Rat aus einem der andern heiligen Räume.

Ich habe nichts weiter zu tun und sehe mir die Bilder an der Wand an. Alles bekannte Gesichter, mein eigener Vater ist mir nicht so vertraut in seinem Gesicht als diese Gefährten. Washington, Franklin, Grant, Lincoln, Männer, denen Bürokratismus so verhaßt war wie einem Hunde die Katzen. „Das Land soll für immer sein das Land der Freiheit, wo der Verfolgte und der Gehegte Zuflucht findet, sofern er guten Willens ist.“ Dieses Land soll gehören denen, die es bewohnen.“

Aber freilich, das kann ja nicht so fort gehen bis in alle Ewigkeit. „Das Land soll gehören denen, die es bewohnen.“ Das puritanische Gewissen ließ nicht zu, daß kurz und bündig gesagt wurde: „Das Land gehört uns, den Amerikanern.“ Denn da waren Indianer, denen das Land von Gott gegeben war, und Gottes Gesetz hat der Puritaner zu beachten. „Wo der Verfolgte und Gehegte Zuflucht findet.“ Ganz gut, wenn alle, die da wohnen, Verfolgte und Gehegte sind aus allen möglichen Ländern. Und die Nachfahren jener Verfolgten und Gehegten sperren das Land ab, das allen Menschen gegeben wurde. Und um die Absperrung ganz vollkommen zu machen, damit auch nicht eine Maus durchschlüpfen kann, sperren sie die eigenen Söhne ab. Denn es könnte ja unter der Bekleidung des eigenen Sohnes sich der Sohn eines Nachbarn einschleichen.

Der Konsul kommt zurück und setzt sich wieder. Er hat eine neue Frage gefunden.

„Sie können ja vielleicht ein entweichener Strafling sein oder jemand, der eines schweren Verbrechens wegen gesucht wird. Und ich würde Ihnen einen Paß ausstellen auf den von Ihnen genannten Namen und würde Sie durch den Paß vor der gerechten Verfolgung schützen.“

„Ja, das würden Sie. Ich sehe nun ein, daß mein Kommen ganz und gar zwecklos war.“



Die kleine Gehege

„Es ist mir wirklich leid, Ihnen nicht helfen zu können. Meine Rechtsbefugnisse sind nicht weitgehend genug, um Ihnen den Paß oder irgend einen anderen Paß, das Ihnen zur Legitimation dienen könnte, auszustellen. Sie hätten mit Ihrer Seemannskarte nachreisen können. Solche Dinge werden aber nicht in dieser Zeit, wo der Paß notwendig ist als Paß irgend etwas.“

„Ich würde ich aber doch gern eins wissen.“

„Ja?“

„Da war hier eine sehr dicke Dame mit vielen Brillen. Sie hat auch noch schleppen lassen. Die hatte ihren Paß doch auch verloren, und Sie haben ihr sofort einen gegeben. Das hat mir eine halbe Stunde gekostet.“

„War das vor dem Herrn Consul Marcus aus New York, werden Sie doch schon gehört haben den Namen. Das große Bankgeschäft.“

„Natürlich nicht. Warum?“

„Woher haben Sie denn dann gewußt, daß sie Bürger ist? Richtig sprechen hat sie noch nicht gelernt.“

„Da brauche ich keinen Beweis. Der Bankier Marcus ist doch bekannt. Sie ist doch Augustine auf der Majestic herübergekommen.“

„Jetzt endlich verstehe ich. Ich bin nur in einer Forecastle-Bunt, auf einem Frachtheimer herübergekommen als Deckarbeiter. Und das beweist gar nichts. Großes Bankgeschäft und Augustine beweist alles.“

„Der Fall liegt eben ganz anders, Mr. Gale. Ich habe Ihnen gesagt, ich kann nichts für Sie tun. Ich darf nicht einmal etwas für Sie tun. Papiere darf ich Ihnen nicht geben. Ich persönlich glaube Ihnen, was Sie mir gesagt haben. Aber wenn die Polizei Sie hierherbringen sollte, damit wir Sie anerkennen und aufnehmen sollen, leugne ich Sie glatt ab und bestreite Ihre Staatsangehörigkeit. Ich kann nichts andres tun.“

„Dann kann ich hier einfach untergehen in fremden Bande.“

„Ich habe nicht die Machtvollkommenheit, Ihnen beizustehen, selbst wenn ich persönlich gern möchte. Ich werde Ihnen eine Karte für ein Hotel geben für drei Tage mit voller Verpflegung. Sie dürfen sich nach Ablauf eine zweite und auch eine dritte holen.“

„Nein, ich danke sehr. Bemühen Sie sich nicht.“

„Vielleicht ist Ihnen besser gedient mit einer Fahrkarte nach der nächsten größeren Hafenstadt, wo Sie vielleicht ein Schiff bekommen können, das unter anderer Flagge fährt.“

„Nein, danke. Ich hoffe, meinen Weg allein zu finden.“

„Ja dann — Good-bye und viel Glück!“

Aber da sind wieder die großen Gegensätze zwischen den amerikanischen Beamten und den Beamten anderer Länder. Als ich auf der Straße war und nach einer Uhr blickte, sah ich, daß es fünf vorbei war. Die Geschäftsstunden des Kontors waren um vier Uhr zu Ende; jedoch er hatte nicht ein einziges Mal irgendein Zeichen von Ungebuld geäußert oder fühlen lassen, daß seine Zeit längst vorüber war.

Nun erst hatte ich mein Schiff wirklich verloren.

„We, mein sonniges New Orleans. Good-bye and good luck to ye!“

Mabel, mein liebes Mabel in New-Orleans, jetzt kannst du warten auf deinen Jungen; auf dem Jackson Square kannst du sitzen und heulen. Dein Junge kommt nicht mehr heim. Das Meer hat ihn verschluckt. Gegen Sturm und Wellen konnte ich kämpfen, mit Farbe und mit harten Säften; gegen Paragraphen, Bleistifte und Papier nicht. Nimm dir belächelten einen andern, Mädchen. Verlempere deine rosigte Jugend nicht mit Warten auf den Vaterlandslosen und Nichtgeborenen. Leb wohl! Süß waren deine Küsse und glühend, weil wir keine Heiratslizenz geholt hatten.

Schiet das Mädel. Hoio! Wind kommt auf. Boys, get all the canvas set. Alles, was Leinwandsegen heißt, raus damit und hoch.

(Fortsetzung folgt.)

## Die „Zwar-aberer“ des Dritten Reiches Ein Versammlungsbericht

Aus einem Vortrag des Dipl.-Ing. Gottfried Feder, M. d. R., Verfasser des „Programms der NSDAP.“ (Verlag F. Eber Nachf. G. m. b. H., München). Wiedergegeben von Ingenieur Johann Grötker, Wöhrliche Platte in „...“ gefehlt. (Der Vortrag wird in einem Saale gehalten — auf der linken Seite haben sich auch Arbeiter und Angestellte eingefunden — auf der rechten Seite sitzen Kommerzienräte, Industrielle, Großagraren, Generale, Prinzen, Militärführer usw. — Gottfried Feder wird mit einem dreifachen Heil empfangen. Er wendet sich zunächst an beide Seiten des Hauses.)

### Deutsche Männer und Frauen!

Wir Nationalsozialisten sind Männer (dreifaches Heil), Männer von Rückgrat. Mit gewaltigem Dröhnen marschieren wir auf unser kristallklares Ziel los! (dreifaches Heil). Wir lehnen die Zwar-aberer, die zwar im Allgemeinen zustimmen, aber immer ein Aber bezüglich irgendwelcher Punkte bereit haben, ab.“ (Programm der NSDAP. — Wortwort Seite 4) — (Feder wendet sich nach rechts):

Zwar „passen wir uns“, wie unser Pp. Heil in der nationalsozialistischen Zeitschrift „Der Meister“ sagt, „dem Geist der Arbeiterschaft an, wir reden“ zwar „gegen das Kapital“, aber „wir brauchen dieses Propagandamittel, um die Leute zu haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden! Wir zerschlagen euch“ (den Unternehmern), „die Gemerkhaften!“ (Donnerndes Heil auf der rechten Seite des Hauses.) „Wir sind“ (Zuruf links: „Zwar“) „die nationalsozialistische Arbeiterpartei“, aber (nach der rechten Seite gewandt) ich wiederhole, was ich im Reichstag dem Führer der Deutschen Volkspartei Dingeldey zugerufen habe: „Sie haben gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen zu unterdrücken.“ (Verblüffung auf beiden Seiten des Hauses.)

„Wir Nationalsozialisten lassen“ (zwar) „an dem jetzigen Stand der Erwerbslosenunterstützung nicht rütteln“ (Seite 16 des Programms), aber ich sage das selbe, was der „Völkische Beobachter“ am 3. April 1931 schreibt: „Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitslos. Man kann schon von einer Arbeitsflucht reden“, ferner sage ich das selbe, was unser Pp. Wagner, M. d. R., zum Ausdruck gebracht hat: „Die soziale Gesetzgebung ist eine der größten rüberischen Erpressungen an den Besitzenden.“ (Brausendes Heil rechts — Unruhe bei den Arbeitslosen links.)

Wir Nationalsozialisten fordern (Feder wendet sich nach links) im Punkt 23 unseres Programms: „Beteiligung aller Beschäftigten an den Erträgen des Wertes.“ (Linke Seite beruhigt sich — rechts Unruhe), „Gewinnbeteiligung an den Erträgen der eigenen Arbeit ist eine so selbstverständliche Forderung nach sozialer Gerechtigkeit“

(Seite 58 des Programms) (Unruhe rechts wird größer). Aber: „Die Quelle der Forderung nach Gewinnbeteiligung ist im allgemeinen entweder die Gewinnflucht, dann ist sie nach ihrem inneren Wesen kapitalistisch, oder der Reib, dann ist sie marxistisch.“ (Seite 59 des Programms) — (Stürmisches „Sehr richtig!“ — rechts). Unsere Gegner (Zurufe: Pfui, pfui!) machen uns den Vorwurf, daß wir uns in der nationalen Front mit Großbankiers, Großgrundbesitzern, Schwerindustriellen und Vertretern des Hochadels zusammengefunden haben, um das deutsche Volk zu retten. Das hindert uns nicht — Pp. Feder wendet sich an die linke Seite des Hauses — zu erklären: „Die Wirtschaftler, ob groß oder klein, Schwerindustrie oder Kleinerebetriebe kennen nur ein Ziel: Profit.“ (Seite 25 des Programms.) „Ihn“ (den Unternehmer), „kimmert nicht die Rot seiner Arbeiter“ (Seite 48 des Programms) — „Profit, Rentabilität ist heute die Aufgabe der Wirtschaft“ (Seite 47 des Programms).

(Auf der rechten Seite des Hauses wurde es immer unruhiger. Pp. Feder wendet sich nach dort und erklärt): „An sich ist“ aber „Reichtum und Besitz gar nicht schädlich“ (Seite 49 des Programms). (Die rechte Seite beruhigt sich. — Murren links. Pp. Feder wendet sich jetzt wieder nach links) „Wir Nationalsozialisten fordern“ zwar „die Verstaatlichung aller (hisher) bereits nergesellschafteten (Truste) Betriebe“ (Punkt 13 des Programms) (Unruhe rechts) Aber: „Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz“ (Punkt 8 des Programms Seite 35) (Unruhe links) „Wir Nationalsozialisten haben schlicht und einfach die jedemann verständliche Formel geprägt: Gemeinnutz vor Eigennutz.“ (Seite 28 des Programms) „Erst im Dienst der Allgemeinheit erwacht der einzelne zu höherem Leben. Erst so wird er — jeder an seinem Plage — wahrhaftig eingegliedert in die höhere Ganzheit seines Volkes, erst so begriffen, gewinnt der echte Sozialismus — der Gemeinnutz — wahres Leben.“ (Seite 29 des Programms) Wir Nationalsozialisten erstreben somit eine gemeinnützige Planwirtschaft! (Dreifaches Heil auf der linken Seite

— Unruhe rechts) Aber: „planwirtschaftliche marxistische, ebenso wie hochkapitalistische Sozialisierungsbestrebungen werden ausdrücklich abgelehnt“ (Seite 50 des Programms.) (Rechte und linke Seite sehen sich verbüßt an — beiden Seiten ist die Sprache weggeblieben.)

Kapitalismus, Marxismus, Sozialismus, Kommunismus — all diese „Ismen“ lehnen wir Nationalsozialisten ab. Wir haben ein viel schöneres und wunderbarer Heilmittel. Wir fordern nach Punkt 11 unseres Programms: „Abkündigung des arbeits- und mühseligen Einkommens, Brechung der Zinsnechtigkeit.“ (Rechte und linke Seite hören die Zinsnechtigkeit ist“ (mit donnernder Stimme) „die stärkere Achse, um die sich alles dreht. Sie ist weit mehr als nur eine finanzpolitische Forderung. Sie greift mit ihren Voraussetzungen und Auswirkungen ebenso tief ins politische Leben, wie ins wirtschaftliche ein, sie fordert von jedem die Entscheidung: Dienst am Volk oder schrankenlose private Bereicherung — sie bedeutet somit die Lösung der sozialen Frage“ (Seite 32 des Programms), Aber: „Es bedarf eingehenden Studiums, um sich in diese Frage einzuarbeiten“ (auf derselben Seite des Programms) (Unruhe auf beiden Seiten des Hauses. — Man begreift anscheinend nicht, daß auf einmal die stärkere Achse, um die sich alles dreht, zu einer Frage zusammenströmt, die noch eines eingehenden Studiums bedarf. Um zu zeigen, daß die NSDAP. doch schon die Frage der Brechung der Zinsnechtigkeit studiert hat, gibt Pp. Feder nachstehenden programmatischen Vorschlag bekannt): „Die Regierung bringt bei der gesetzgebenden Körperschaft eine Vorlage ein über die Ausnutzung der bayerischen, sächsischen usw. Wasserkräfte, alle wirtschaftlichen Gesichtspunkte sind genaustens gewürdigt“ (versteht sich am Rande). „Der Landtag usw. beschließt dann den Bau“ (Wehe ihm, wenn er's nicht tut), „er erteilt auch gleichzeitig die Genehmigung an den Finanzminister bzw. die betreffende Reichs- und Staatsbank, eine neue Reihe von Banknoten herauszugeben mit dem besonderen Vermerk, daß diese neuen Noten ihre Deckung — und zwar ihre volle Deckung — in dem Zug um Zug neu entstehenden Werte fänden.“ (Seite 52 des Programms). Die so erläuterte „Brechung der Zinsnechtigkeit“ und das Wundermittel der Beschaffung von neuem Papiergeld wird anscheinend mit Zweifel und ohne Begeisterung von der Versammlung aufgenommen.

Die Versammlung ging auseinander. Aus dem Kraut- und Rübenprogramm, vermischt mit dem fortwährenden zwar und aber, war im Grunde niemand klug geworden. Es sei denn, die Zuhörer befanden sich auf der gleichen geistigen Bildungsstufe wie der Redner.